26. November 2017



Sperrung der Marienbrücke – und was (kommt) dann?

Weder Kompromisse bei der Sicherheit noch Panikmache: Für die CSU ist das Thema Sicherheit elementar wichtig. Deshalb nehmen wir die Warnungen der Sicherheitsbehörden selbstverständlich ernst und sagen ganz klar: Eine unorganisierte Feier zu Silvester auf der Marienbrücke lehnen wir ab! Mit uns gibt es beim Thema Sicherheit keine Kompromisse. Es war grob unverantwortlich, die Sicherheitsrisiken auf der Marienbrücke jahrelang zu ignorieren. Nicht zuletzt, weil es fatal ist, mit Angst Politik zu machen, kritisieren wir zugleich, dass der Oberbürgermeister bei der überstürzten Sperrung der Marienbrücke zu Silvester 2016/17 auf eine "allgemeine Terrorgefahr" abgestellt hat. Das war reine Panikmache.

Warum wir einem generellen Verbot skeptisch gegenüberstehen:

- Weil es sich bei "Silvester auf der Marienbrücke", auch nach eigener Aussage der Stadt Passau, um eine
 "von vielen sehr lieb gewonnene Tradition" handelt.
- Weil ein mit "Sicherheitsbedenken" begründetes Verbot nur dann rechtmäßig ist, wenn den Sicherheitsrisiken sich wirksam allein durch ein Verbot begegnen lässt (juristisch: es dürfen keine "milderen Mittel" vorhanden sein). Das trifft nicht zu, wie das Beispiel Würzburg zeigt. Auch für Passau gilt: Die Sicherheit zu Silvester lässt sich auf der Marienbrücke durch entsprechende Maßnahmen mit überschaubarem Aufwand gewährleisten. Dazu gehören vor allem: regulierter Zugang, Verbot der Mitnahme von Feuerwerkskörpern, zerbrechlichen Getränkeverpackungen und größeren Taschen/Rücksäcken, ggf. mit entsprechenden Kontrollen, wobei auch stark alkoholisierten Personen der Zugang verwehrt werden kann.
- Weil zu befürchten ist, dass es zu einem "Verbotsdomino" kommt: Denn die Situation ist auf dem Fünferlsteg erfahrungsgemäß keine andere wie bei einer unorganisierten Feier auf der Marienbrücke. Wer "Silvester auf der Marienbrücke" verbietet und die Augen vor den Gefahren auf dem Fünferlsteg verschließt, setzt sich nicht zuletzt einem akuten Risiko zivil- und strafrechtlicher Haftung aus.
- Weil die notfallmäßige Erreichbarkeit der Innstadt zu Silvester schon immer gewährleistet war und ohnehin viel besser gewährleistet ist durch mobile Einsatzkräfte und eine Zufahrt über das Kraftwerk Passau-Ingling, so wie dies vor der letztjährigen Sperrung viele Jahre lang problemlos praktiziert wurde. Zudem halten wir es für den privaten Autoverkehr für zumutbar, auf eine Benutzung der Brücke zu Silvester in einem überschaubaren Zeitraum (z.B. 23.30 bis 1 Uhr) zu verzichten.
- Weil die Attraktivität unserer Stadt unter (vermeidbaren) Verboten und (überflüssigen) Hinweisen auf "abstrakte Terrorgefahren" Schaden nimmt. Wer "Silvester auf der Marienbrücke" um jeden Preis und ohne Not verbieten will, sollte jedenfalls Alternativangebote für einen Treffpunkt um Mitternacht machen und nicht so tun, als gehe ihn die Attraktivität unserer Stadt nicht viel an.

Zusammenfassend: Es ist falsch, die Sicherheitsrisiken allein auf Basis einer unorganisierten Feier zu bewerten. Die dabei bestehenden Sicherheitsrisiken lassen sich in den Griff bekommen durch entsprechende regulierende Maßnahmen. Berufen ist dazu nicht irgendein privater Veranstalter, sondern die Stadt Passau, weil es zu ihrer Aufgabe gehört, unsere Stadt für Bewohner und Besucher attraktiv zu machen. Denn das lockt Menschen in die Stadt. Menschen, die feiern, essen und trinken und sich wohlfühlen. Es ist daher eher eine öffentliche Aufgabe, Orte der Begegnung zu erhalten, wie die Marienbrücke für eine spontane Zusammenkunft an Silvester. Würzburg macht vor, wie es geht, Silvester mitten in der Stadt auf einer Brücke zu ermöglichen, ohne Abstriche bei der Sicherheit zu machen und ohne den Bürgerinnen und Bürgern aus Angst vor Verantwortungsübernahme gleich alles zu verbieten.

Kontakt: Stv. Fraktionsvorsitzender Georg Steiner, E-Mail: Georg.Steiner@gmx.net

Welche Argumente haben diejenigen, die kein "Silvester auf der Marienbrücke" wollen?

Warum ein Verbot weder zu Ende gedacht ist noch die Argumente überzeugend sind:

Die Ansammlung von bis zu 3.000 teilweise erheblich alkoholisierten Personen auf der Innbrücke stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, weil es bei einer unorganisierten Silvesterfeier durch die Menschenmassen und die räumliche Enge leicht zu einer unübersichtlichen und ungeordneten Situation und Panikreaktionen kommen könnte.

Das trifft allein zu für eine unorganisierte Feier, nicht aber, wenn der Zugang reguliert wird, wie das z.B. seit vielen Jahren problemlos die Stadtverwaltung und Polizei in Würzburg praktiziert. Abgesehen davon ist die Situation auf dem Fünferlsteg erfahrungsgemäß keine andere als bei einer unorganisierten Feier auf der Marienbrücke. Wer "Silvester auf der Marienbrücke" verbietet und die Augen vor den Gefahren auf dem Fünferlsteg verschließt, setzt sich dem akuten Risiko zivil- und strafrechtlicher Haftung aus.

Durch die räumliche Enge kann es zu Stürzen von Personen übers Geländer in den eiskalten Inn kommen.

Räumlicher Enge lässt sich durch einen regulierten Zugang wirksam begegnen. Außer Acht gelassen werden darf bei der Bewertung der Risiken auch nicht, dass bislang noch nie jemand zu Silvester von der Innbrücke ins Wasser gefallen oder gesprungen ist, selbst nicht zu den Zeiten, als dort der Teufel los war und dies niemanden gekümmert hat. Am Fünferlsteg ist der Inn im Übrigen genauso kalt.

Es ist zu erwarten, dass Raketen innerhalb der Menschenmenge gezündet werden, woraus sich eine hohe Gefahr für Leben und Gesundheit der sich auf der Brücke aufhaltenden Personen ergeben kann, insbesondere durch den hohen Alkoholpegel einzelner Teilnehmer.

Derartige Gefahren lassen sich leicht vermeiden durch ein Verbot der Mitnahme von Feuerwerkskörpern, zerbrechlichen Getränkeverpackungen und größeren Taschen/Rücksäcken, was angesichts eines regulierten Zugangs ggf. durch entsprechende Kontrollen sichergestellt werden kann. Dabei ist es auch möglich, stark alkoholisierten Personen den Zugang zu verwehren.

Die Stadt Passau hat in der Vergangenheit in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Hilfsorganisationen einen Maßnahmenkatalog erarbeitet; bei größeren Störungen ist dieses Konzept aber nicht ausreichend, um den vorhandenen Risiken, die sich auch durch die gestiegene Terrorgefahr erheblich erhöht haben, zuverlässig zu begegnen. Eine funktionierende Wasserrettung ist nur mit erheblichem Personal- und Materialeinsatz darstellbar, was im Vorfeld organisiert werden muss.

Was die Sicherheitsbehörden der Stadt Würzburg seit vielen Jahren unter Beachtung aller relevanten Sicherheitsfaktoren und trotz einer angeblich gestiegenen "Terrorgefahr" erfolgreich praktizieren, sollte auch den Passauer Sicherheitsbehörden gelingen. Anstatt sich damit zu beschäftigen, wie "Silvester auf der Marienbrücke" um jeden Preis verhindert werden kann, sollte stattdessen endlich das nicht ausreichende Sicherheitskonzept angepasst werden. Dazu gehört auch, sich im Vorfeld darum zu kümmern.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen zur Abrundung des Gesamtbildes die Beschwerden vieler Bürgerinnen und Bürger aus der Innstadt, die sich dagegen wandten, aufgrund der Sperrung der Brücke in den Vorjahren regelrecht abgeschnitten zu werden in der Zeit zwischen 22:30 Uhr und 2:00 Uhr nachts.

Die Innstadt war zu Silvester noch nie "regelrecht abgeschnitten", weil die notfallmäßige Erreichbarkeit durch mobile Einsatzkräfte und den Zugang über das Kraftwerk Passau-Ingling gewährleistet war. Bei einem Verbot von Feuerwerkskörpern und Flaschen etc. lässt sich die Brücke zudem leichter reinigen, weshalb eine Sperrung sich beschränken kann von 23.30 bis 1 Uhr. Eine Sperrung von 1,5 bis 2 Stunden erscheint bei Silvester zumutbar, zumal sich jeder darauf einstellen kann.